

Thema des Monats der hessischen IHKs

Infrastruktur ausbauen, Mobilität sicherstellen

In Hessen sind immer mehr Menschen mobil. Mobilität bedingt ein funktionierendes Verkehrssystem. Um das steigende Verkehrsaufkommen bewältigen zu können, muss die Infrastruktur bedarfsgerecht erhalten und dort ausgebaut werden, wo Engpässe entstanden sind. Dies gilt für alle Verkehrsträger gleichermaßen. Der schienengebundene regionale Personenverkehr ist die Pulsschlagader der Mobilität. Ohne ihn würde es zum Verkehrskollaps kommen und viele Pendler würden ihren Arbeitsplatz nur schwerlich und mit immensem Zeitaufwand erreichen. Daher legt die ARGE neben dem Erhalt und Ertüchtigung von Hauptverkehrsachsen ihr besonderes Augenmerk auf den Ausbau der Schieneninfrastruktur.

Im Herbst vorigen Jahres haben sich Bund und Länder in letzter Minute darauf geeinigt, die Regionalisierungsmittel 2016 auf 8 Mrd. EUR zu erhöhen und in den Folgejahren jährlich mit einer Rate von 1,8 % zu dynamisieren. Die lange Zeit drohende Kürzung der Regionalisierungsmittel hätte katastrophale Folgen gerade für das Angebot des ÖPNV gehabt: statt weiter ausgebaut hätte massiv gekürzt werden müssen. Die Regionalisierungsmittel werden nun zeitlich verlängert und auf die Länder verteilt. Die erforderlichen Mittel werden aus der Mineralölsteuer bereitgestellt. Hessen sollen damit 50 Millionen Euro mehr zur Verfügung stehen. Bund und Länder werden außerdem die Dynamik des Anstiegs der Trassenpreise begrenzen. Allerdings ist bisher noch nicht endgültig beschlossen, nach welchem Schlüssel die Mittel auf die Länder verteilt werden. Vermutlich wird die Verteilung nach dem neuen Kieler Schlüssel erfolgen, bei dem Einwohnerzahl und Verkehrsleistung berücksichtigt werden. Auch die Verteilung innerhalb Hessens ist bisher noch nicht geklärt. Hier ist eine schnelle Klärung der Mittelverteilung wichtig, um Planungssicherheit zu erreichen.

Darüber hinaus hat sich in Hessen insbesondere der mangelhafte Zustand vieler Landesstraßen zu einem Problem entwickelt. Mit einer Sanierungsoffensive will das hessische Verkehrsministerium bis 2022 rund 385 Millionen Euro in rund 540 Einzelbaumaßnahmen investieren. Zu den Projekten in der Sanierungsoffensive zählen 289 Fahrbahnsanierungen, 108 Brückeninstandsetzungen und Brückenerneuerungen sowie 123 Um- und Ausbaumaßnahmen. Neben den Sanierungsmaßnahmen werden auch Neubauprojekte fortgeführt und weiterhin finanziert. Das vorhandene Radwegnetz in Hessen wurde mit 60 Radwegen berücksichtigt. Dies ist mehr, als in der Vergangenheit getan wurde und ein Schritt in die richtige Richtung. Auch die Tatsache, dass alle Maßnahmen systematisch bewertet wurden und – so jedenfalls die Annahme – das Geld nur dort investiert wird, wo es tatsächlich dringlich ist, ist positiv zu bewerten.

Bei aller Euphorie darf allerdings nicht übersehen werden, dass die 540 Projekte – von insgesamt 2.250 Projekten und bei rund 7.000 km Gesamtstrecke an Landesstraßen in Hessen – zwar immerhin ein Viertel, aber dennoch nur ein Bruchteil der notwendigen Maßnahmen darstellen. Alle nicht aufgenommenen Maßnahmen sind dann erst ab 2023 am Zug. Bis dahin wird sich der Zustand dieser Straßen weiter verschlechtern und neuer Bedarf an anderer Stelle entstehen. Um dieser unbefriedigenden Situation zu begegnen, bedarf es höherer Investitionen in den Landesstraßenbau. Der jährliche Werteverzehr ist im Haushalt des Landes mit rund 170 Millionen Euro beziffert. Investiert wurden 2015 jedoch lediglich 90 Millionen Euro.